

Die größte Koalition springen können, die die von ihnen natürlich wollen.

Mit der „Linksregierung“ ist es offenbar Essig. Aber mit der Großen Koalition ist es Essig und Galle.

Erstens: Die Volkspartei war doch eben noch als „reaktionäre“ Partei bekämpft worden von den so überaus revolutionären schwarz-rot-gelben Stiefelknöcheln des Slnnes?

Zweitens: Die Deutschnationalen sind verstärkt in den Reichstag gekommen, nicht geschwächt, wie die Strategen des bierchlichen Wels und des nichtdelto-weniger siegesbesessenen (a conto) Höring angenommen hatten.

Drittens: vor di. Wahl gestellt, ob mit SPD. oder Deutschnationalen wird die Volkspartei natürlich mit den Deutschnationalen gehen.

Viertens: vor die Wahl gestellt, ob mit Demokraten und Sozialdemokraten oder mit Volkspartei und Deutschnationalen wird das Zentrum natürlich bei den geldlich stärkeren Bataillonen bleiben.

Fünftens: vor die Wahl gestellt, ob sie frei die Fahne der Republik hochhalten sollen um ihrer Mannestugend willen und allein mit den Sozialdemokraten „Schemi-opposition“ mimen sollen, oder ob sie („unter Protest“, versteht sich, anders machen's wahre Freisinnige nicht) mit den anderen ihrer Geistesrichtung mittun sollen (nur zum Weil des Vaterlandes, versteht sich, nur um eine stabile Regierung zu bilden), werden die Demokraten mit den anderen gehen.

Aber die sozialdemokratischen „Strategen“, die aus-zogen, einen anderen Reichstag zu bilden, die dieserhalb sich als Huren und Zuhälter zugleich des Kapitals mit ihrem schwarz-rot-gelben Verein der „republikanischen“ Kackstein etablierten, diese betrübten Lohgerber werden schwören, der Reichstag sei arbeitsunfähig.

Nun, er wird so „arbeiten“, wie jeder Reichstag: daß das Proletariat und die kleinen Bauern, daß die unteren Beamten und alle, die schon an und für sich nichts haben, Blut schwitzen werden in ägyptischer Fron.

Welche Mittel gibt es dagegen?

Für die parlamentarischen Krems, für die Sozialdemokraten, nur eines: Auflösen!

Noch ist Herr Ebert Präsident (warte nur, balde ruhest Du auch). Noch ist Herr Severing Minister (wie blähen die letzten Krien!). Noch können die Krems hoffen, mit Hilfe des Regierungsapparates, den sie noch zum Teil in der Hand haben, etwas für sich herauszuschlagen.

Nun, wir Kommunisten raten: Löst doch auf! Solche handgreifliche Demonstration des Weres der „Demokratie“ sind Wien auf unsere Mühe.

Eine gut ebehre über „Demokratie“. Und wir Kom-munisten werden sie verhehlen. Wir sind die einzigen, die nach der Wahl di-selben bleiben, wir vor der Wahl. Wir haben kein Wort zurücknehmen oder zu ändern, das wir je gesprochen. Wir wählen und wissen, wie „arbeits-fähig“ ein Parlament ist. Wir sind immer fürs „Auf-lösen“, für Auflösen auf immer. Und wir werden den Arbeitern und allen Ausgebeuteten das immer und immer wieder beharrlich, lähe, hartnädig in die Köpfe-hämmern: Wollt ihr, daß es euch gut gehe, nicht euren Ausbeutern, dann nehmt eure Geschäfte selber in eure Hände.

Welche Regierung dieser Reichstag auch zustande bringen wird, es wird eine Regierung der brutalen Kapitalsdiktatur gegen die Arbeiterkraft sein. Auf dem Wege der bürgerlichen Demokratie und des Parlamen-tarismus kann eine andere Regierung als die der kapitalistischen Diktatur nicht zustandekommen. Die Arbeiter sind wieder einmal genarrt. Der 7. Dezember sollte ein Tag der Entscheidung sein. Er entschied nur das Weiter-bestehen der Sklaverei der deutschen Arbeiter.

Aber jetzt, da die Hoffnungen der Arbeiter schneller zerrinnen als bei irgendwelchen Wahlen vorher, muß die wachsende Erkenntnis der Massen ausgenutzt werden, um sie zur richtigen Stellung der Regierungsfrage zu bringen.

Jetzt müssen die revolutionären Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften an ihre iteregführten Kollegen herantreten und ihnen zeigen, daß dieser Reichstag genau so wenig wie irgendeiner vorher imlande ist, den Arbeitern die Regierung zu bringen, die sie brauchen. Das Prole-tariat braucht eine Regierung, die seine dringendsten Forderungen erfüllt. Diese Forderungen sind dargelegt im Gothaer Pro-gramm. Sicherung des Achtstundentages bezw. Sieben-stundenschicht, Lohnerhöhung, Arbeit, Freilassung der poli-tischen proletarischen Gefangenen, die Sozialisierung usw. Aber diese Regierung kann nicht auf parlamentarischem Wege zustande kommen, sie kann nur durch die Dil-tatur des Proletariats geschaffen werden. Des-wegen muß jeder ehrliche Arbeiter heute den Bankrott des Parlamentarismus erkennen und sich einsehen für die Auf-richtung der Diktatur des Proletariats. Zu diesem Ziele müssen die Arbeiter in den Betrieben und in den Gewerkschaften sich einigen.

Wen die demokratische Presse eine Woche nach den Wahlen wieder der Ruf ausstößt: Auflösung des Reichstages! Dann müssen die revolutionären Arbeiter ihnen antworten:

Jawohl! Auflösung des Reichstags und zwar auf immer und her mit dem Parlament der Arbeit, dem deutschen Räteparlament, her mit der Diktatur des Proletariats!

Der Generalangriff auf die Eisenbahner Massenentlassungen überall.

Im ganzen Reich finden zurzeit Massenentlassungen der Eisenbahner statt. Die Erregung der Eisenbahner ist daher unge-heuer. In Saarbrücken kam es zu einer Demonstration der Eisenbahner, an der über 1000 Mann teilnahmen. Die ge-lante Belgischheit der Eisenbahnerverhältnisse mar-kierte vor aus Diktaturgebäude, um gegen Nichterfüllung ihrer For-derungen zu demonstrieren. Doch anstatt Lohnerhöhung und Einstellung der Entlassungen forderte die Diktatur ein zahlreiches Polizeieingebot. Infolge der mustergültigen Diktatur der Eisenbahner ist es zum Blutvergießen nicht gekommen. Die ganze Belgischheit bleibt im Stiefel. Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Im Reich fanden auf allen Eisenbahnerstellen Massenentlassungen statt. Eine Werkstatt mit über 100 Arbeitern wurde stillgelegt. In allen Dienststellen ist bekanntgemacht worden, daß die Kesselschmiedearbeiter von jetzt ab 12 Stunden arbeiten müssen. Die Entlassungen haben in erster Linie den Zweck die Eisenbahner für alle Lohn- und Arbeitsbedingungen mühe zu machen. In Berlin wurde folgender Brief an Schloßer des Betriebswagenwerks verschickt:

„Aufolge Personalverminderung kündige ich Ihnen hier-mit das Direktoratsbescheid, dergestalt daß es mit Ablauf 31. De-zember 1924 beendet ist. Es bietet sich jedoch Gelegenheit, als Werkstättenarbeiter in Lohngruppe VI oder VII bei der Dienststelle C.V.B. Zerselhof unter Aufsichtung Ihrer früheren Vorgesetzten einzustellen.“

Das als o in der Zweck der angeblich wegen Personalverminderung vorgenommenen Kündigung. Zurückweisung aus Lohn-gruppe III und Lohngruppe VI oder VII, oder mit anderen Worten Kürzung des Lohnes um etwa 25 Prozent.

In Schlesien haben in den letzten Tagen ebenfalls Ent-lassungen stattgefunden. In sind gestern in Lauban 100 Eisenbahner auf die Straße gesetzt worden. Die Entlassung, die unter den Eisenbahner in ganzen Reich herrscht, überträgt sich ebenfalls auf Schlesiens. Das rigorose Vorgehen der Reichs-bahn A.G. ist der beste Beweis, daß alle Versprechungen, die die Parteien vor der Wahl gemacht haben, wertlos sind und daß die Eisenbahner die heute eine Privatgesellschaft ist, den und lassen kann, was sie will. Die Erregung unter den Eisenbahner ist groß und es wird mit kommenden Monaten gesteigert. Die Gewerkschaften, die bis jetzt den Mund noch nicht aufgetan haben, müssen nun Hand zu greifen. Darum ist es Pflicht jedes Eisenbahners in der Gewerkschaft zu sein und die Fühler zu zwingen den Kampf anzuknüpfen. Die Entlassungen haben bei weitem noch nicht ihren Höhepunkt erreicht und werden in den nächsten Wochen verheerend fortgesetzt. Die noch nicht ent-lassenen Eisenbahnerarbeiter und Beamten, müssen darauf eine geschlossene Abwehrfront gegen den Generalangriff ihrer „Strassen“ bilden.

Das Verbot der Anzeigenerwerb ist aufgehoben, wie die Presse die Regierung mittel. Der Gewerkschaften Kreis natürlich weiter in Funktion, wenigstens gegen Proteste. Dies ist notwendig für Illusionspolitik und unbedeutende Demo-strationen.

Erholungsheim Warmbrunn.

Die „Menschenfreundlichkeit“ der Vize-Hofmann-Werte.

Die Arbeiter von Vize-Hofmann sollen sich wirklich nicht bellegen. Sie haben eine „ankündige“ Diktatur.

Von morgens bis abends müssen Angestellte und Arbeiter schuften und bringen etwa 22 bzw. 28 Mark wöchentlich nach Hause. Sie opfern ihre Arbeitskraft und ihre Gesundheit durch das bei der Firma herrschende Antreiberystem.

Doch Brüdern! Steh vor der Tür. Die Arbeiter und An-gestellten dürfen sich erholen. Die Firma Vize-Hofmann-macht vor einiger Zeit in einem Anschlag bekannt, daß der Ver-waltungsratsrat des Erholungsheims Arbeitern und Angestellten in der Zeit vom 20. September bis zum 4. Januar (über Weihnachten und Neujahr) einige schöne Tage zur Stärkung ihrer Kräfte genehmigt hat. Das Erholungsheim Warmbrunn wird den Vize-Hofmann-Arbeitern und -Angestellten während die-ser Zeit zur Verfügung gestellt. Da aber die Vize-Hofmann-A.G. eine arme Firma ist, bei der die Direktoren und Aktionäre bald verhungern, brauchen sie Zahlung. Darum sollen die Arbeiter und Angestellten während der Zeit ihres Aufenthaltes in Warmbrunn pro Tag und Person 4 Mark Verpflegungs-gelder bezahlen.

Diese enorme Summe von 4 Mark pro Person ist eine Proba-tion der Vize-Hofmann-Arbeiter und -angestellten, die wöchent-lich kaum 25 Mark für ihre ganze Familie mit nach Hause bringen.

Ein artiges Beihandlungsgeheim ist diese Erholung für vier Mark täglich.

Bei einer Belegschaft von 1800 Mann haben sich tat-sächlich erst nach einmal 30 gefunden, die die 4 Mark täglich zu ihrer Erhaltung anbringen können. Das beweist, wie jämmer-lich die Lage der Vize-Hofmann-Arbeiter und -angestellten ist.

Die Diktatur des Erholungsheims gibt jetzt bekannt, daß, da noch keine 30 Belegungen eingegangen sind, das Erholungs-heim Warmbrunn über Belegungen ge-öff-net wird. Die Herren Direktoren und Aktionäre werden allerdings in ihren Häusern einige Winterparties weihen und kitzeln. Für sie sind 4 Mark ein Frischgeld. Die Arbeiter jedoch, die die Erholung genö-tigt hätten, wie die Herren Direktoren, müssen mit diesem Frischgeld Frau und Kinder unterhalten. Sie müssen auf jegliche Erholung verzichten, müssen tagaus, tagetage schuften und bei der Bilanz am Ende des Jahres stehen sie vor dem glatten Nichts. Wie lange werden sich die Arbeiter und Angestellten dieser Probatoren stellen lassen? Der Kampf um die 4 Mark, um bessere Arbeitsbedingungen gewöhn-licher ein besseres Aussehen und ein besseres Leben.

Wilhelm verkauft höhere Erwerbslosenunterstützung.

Der „Reich-Zeitung“ veröffentlicht ein Copieren aus Hans Doorn, in dem gesagt wird, daß Wilhelm Rot leiden muß und mit der von Sozialdemokraten beschlagnahmten Anleihe-forderung von 50 000 Mark nicht auskommen kann. Da-her wird in dieser Veröffentlichung angegeben, daß aus dem Be-trug eines gewisser Frau noch weitere angekauft Sum-men dem Hans Doorn zuzuführen.

Zur Entlassung Jagows.

von Jagow, der Hochverräter, der als Führer des Rapp-Bullische Tausende von Arbeiterleuten auf dem Gewissen hat, der mit seinen Händen herabstreckt auf den Strahlen herums, um die Arbeiter niederzuknappen und die Republik zu stützen, ist vom höchsten Beamten der Republik, dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert begnadigt worden. von Jagow war der einzigste Rappist, der noch hinter Festungsmauern lag. Aber kein Sozialdemokrat kann es mit seinem Gewissen verein-baren, daß dieser einzelne, dem das republikanische Gericht vaterländische Gesinnung nachgelassen hat, weiter „schmachtet“. Ebert hat den letzten der Hochverräter von rechts begnadigt.

Man sollte meinen, ein Sturm von Entlassung müßte durch die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter und der Reichs-bannerteute gehen. Der Mann, der sich als Aufgabe gestellt hat, die deutschen Arbeiter und das republikanische Reichs-banner niederzuknappen, der einer der „verhafteten“ Salen-kreuzträger ist, wird von Sozialdemokraten begnadigt.

Die ganze Sozialdemokratische Partei erhebt nicht ein Wort des Protestes zu dieser ungeheuerlichen Maßnahme.

Die „Arbeitervereiter“, begnadigen die Feinde der Ar-beiterkraft. Es ist noch nicht lange her, als die SPD-Presse über das milde Urteil an diesem Rapp-Verbrecher schimpfte. Doch das milde Urteil war für die Begriffe der Herren Sozialdemokraten noch zu hart. Sie müssen, um der Reaktion zu beweisen, daß sie tatsächlich ihre untertänigsten Diener sind, dem Herrn von Jagow noch zwei Jahre schenken.

Die SPD-Presse dreht und windet sich, um ihren Ar-beiterlesern den Schritt des Reichspräsidenten verständlich zu machen. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemo-kratischen Partei, schämt sich nicht, folgenden Satz in seiner Nr. 296 zu schreiben:

„Der Reichspräsident hat dem Rapp-Verbrecher Jagow gegenüber Objektivität bewiesen.“

Die „Objektivität“ der Sozialdemokratie beweist, daß sie keinen Finger krümmen, um die 8000 proletarischen Gefangenen zu amnestieren, daß sie aber damit einverstanden sind, wenn Jagow wieder die Freiheit bekommt. Kein Wort verliert die gesamte SPD-Presse in diesem Zusammenhang über die 8000 proletarischen Gefangenen, die noch sitzen.

Die Krone auf die Schuftigkeit der SPD. setzt die Bres-lauer „Volkswacht“, indem sie schreibt:

„Eberts persönliche Groß-gütigkeit ehrt es allerdings, daß er keine Unterschrift in einem Augenblick gab, indem er selbst am wütendsten von der Rechten im Magdeburger Prozeß an-gegriffen wird.“

Die Breslauer „Volkswacht“ ehrt den Reichspräsidenten in-folge seiner müßigen persönlichen Großgütigkeit.

Der Magdeburger Prozeß hat uns schon deutlich die Launenrolle der Sozialdemokratie gezeigt. Der Fall Jagow soll den Büßlichen und Monarchisten, die in Magdeburg das Maul aufreißten, beweisen, daß die Sozialdemokratie tatsächlich Fleisch vom Fleische der schwarzen Reaktion ist.

Die Denunzianten der Rosa Luxemburg.

Auf die Aussagen des General von Wrisberg im Magde-burger Prozeß, daß die Sozialdemokratische Partei Rosa Luxem-burg denunziert, und der Polizei empfohlen habe sie zu ver-haften, erscheint jetzt eine schwächliche Entgegnung in der sozial-demokratischen Parteipresse. Wie Schulbuben teilt der Partei-vorstand der SPD mit: „Wir stellen dazu fest, daß ein der-artiger Auftrag von der Partei niemals erteilt worden ist.“

Diese Schwindler haben nicht den Mut, den General von Wrisberg anzugreifen. General von Wrisberg hat in Magde-burg keine Aussagen unter Eid gemacht. Warum beschuldigt der SPD-Partei-vorstand den General nicht des Meineides? Wenn sie den Nachweis bringen könnten, daß der General tatsächlich einen Meineid geschworen hätte, würde kein Mensch in der SPD sich scheuen, von Wrisberg als Meineidigen bloßzu-stellen. Das Magdeburger Gericht hat natürlich kein Interesse die Launen der Bourgeoisie zu entlarven und erhebt auch nicht den Verdacht des Meineides.

Die Denunzianten sind nochmals entlarvt, als Schwindler und Schandlitz. Jeder ehrliche Arbeiter wendet sich mit Abscheu von dieser Gesellschaft.

Ghieber entlassen — Proletarier müssen sitzen.

Waldburg, 18. Dezember.
Der wegen den Millionenbetrügereien im Stadtbankstandal feinerzeit verhaftete Prokurist Schü-ter wurde gegen Stellung einer Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen.

Proletarier, die aus Not irgendein kleines Eigentums-vergehen begangen haben, werden monatlang festgehalten. Ar-beiter, welche die kommunistische Weltanschauung vertreten, sperrt man ohne Haftbefehl monatlang ein. Sie werden auch noch schikaniert und mißhandelt. Aber ein Betrüger, der die wert-vollste Bevölkerung um die letzten Spargroschen betrogen hat, wird gegen eine Kaution, bezahlt aus den erschöpften Sum-men, freigelassen. D. h. es wird ihm Gelegenheit gegeben noch mehr für ihn ungünstige Affen verschwinden zu lassen.

Der Magistrat Waldburg behauptete feinerzeit, daß er die Beschlüsse der betreffenden Personen beschlag nahmen wollte. Weil die Angeklagten angeblich kein Vermögen besaßen, sollten SPD- und Bürgerliche die Beschlagnahme ab. Aus der Tatsache, daß Schü-ter noch Kaution stellen kann, geht hervor, daß er noch Gelder zur Verfügung hat. Die Stadt-verordneten und der Magistrat haben also die Beschlagnahme hinter's Licht geführt und sich mit Schü-ter und Konsorten solli-darisiert. Es bewahrheitet sich auch hier das Sprichwort: die Großen laßt man laufen, die Kleinen hängt man.

SPD-Führer als bezahlte Spitzel.

Berlin, 18. Dezember.
In Dresden lagte der Parteivorstand der SPD, Bezirk Ost-schlesien. Er beschäftigte sich mit dem Parteisekretär Bethke. Dieser Bethke ein führender Reichsozialist, hat wichtige Material der sozialdemokratischen Partei an Bürgerliche ausgeliefert. Der Parteivorstand be-schlöß den Ausschluß Bethkes mit 17 gegen 8 Stimmen.

Es sehen die Führer der Sozialdemokratie aus, die im vorigen Jahr die Arbeiterkraft in Coeslens ins Verderben ge-führt haben. Führende Funktionäre liefern eigenes Partei-material den Bürgerlichen aus, und doch gibt es noch acht Mit-glieder des Parteivorstandes, die diese Handlung billigen und decken. Diese sind wahrlich die richtigen Auffassung, daß sozialdemokratisches Material in bürgerlichen Händen nicht wehr haben kann, da die Politik der Sozialdemokraten sowieso eine bürgerliche ist.

Ein Wahlschwindel der „Volkswacht“

Einen Tag vor der Wahl, am 6. Dezember, veröffentlichte die „Volkswacht“ folgende Fiktion:
„Der Breslauer Kommunistenführer Walter Dürich schickt uns einen längeren Brief, dessen Veröffentlichung aus Raumgründen nicht mehr möglich ist. Er teilt darin mit, daß er morgen so, als demokratisch wählt, nachdem er das Treiben der „Führer“ im Reichstage ausreichend beobachtet hat.“

Infolge unseres Verbotes war es uns nicht möglich, diesen unerschämten Schwindel der „Volkswacht“, der bezeichnenderweise (!) einen Tag vor der Wahl erschien, zu widerlegen. Wir veröffentlichten im folgenden die Antwort Dürichs an unser Blatt:

An die Redaktion.

Betreffs des Artikels, der in der „Volkswacht“ veröffentlicht worden ist, folgendes: Es ist eine große Lüge, zu behaupten, der „Kommunistenführer“ Dürich sei aus der KPD. ausgetreten, denn weder bin ich Kommunistenführer gewesen, noch Mitglied der KPD. Es ist dies das Treiben eines Gegners der KPD., der von mir einmal etwas gehört und nun meinen Namen ausgenutzt hat. Dieser Artikel paßt ganz auf die SPD.-Betrüger, denn wer mich kennt, wird wissen, daß ich ein großer Feind der SPD.-Betrüger bin. Wie habe und werde ich die SPD. wählen.

Am Wahltag, als ich im 30. Bezirk die Wahlscheine ausfüllte, wurde mir und meiner Frau beim Abgeben der Stimmzettel erklärt, wir sind nicht eingetragen. Ich mußte mir daher die Wahlscheine mitnehmen.

Walter Dürich.

Mit solchen Dreimethoden hat die schlesische Sozialdemokratie um ihre Mandate gekämpft. Tausende von Arbeitern sind auf den Schwindel hereingefallen. Jetzt, nach der Wahl, erkennen sie den Betrug.

Aber mag es auch der SPD. noch einmal gelingen, ihre Posten zu halten, auf die Dauer werden diese Methoden politischen Kampfes gegen die Kommunisten die letzten ehrlichen Anhänger aus ihren Reihen treiben.

Wieder ein sozialdemokratischer Korruptionsheld.

Striegau, 18. Dezember.

Wegen Betruges und Verteilung zu einer falschen Aussage ist gegen den städtischen Bürodirektor Lemberg ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Brutalitäten im Gefängnis Hohenwiese.

Am 4. Dezember 1924 wurde eine Beschwerde wegen dem schlechten Essen bei dem Chefarzt Haffe geführt. Als Antwort ließ dieser seine Herr einen Ingenieur mit der Polizei hinauswerfen. Das Spielte sich folgendermaßen ab:

Durch das dauernd schlechte Essen litten die Patienten gezwungen, eine Beschwerde zu verfassen. Und zwar wurde dieselbe freiwillig von 140 Patienten unterzeichnet und dem Chefarzt übergeben. Dieser Herr erlaubte sich denselben Tag schon mit Drohungen herumzuschmeißen, wer diese Beschwerde unterschreibt, wird herausgeschmissen. Es war ihm wohl nicht möglich, 140 Patienten herauszuschmeißen, da ihm wohl doch die Landesberufung sowie die Knappschaft ganz was anderes erzählt hatte. So mußte ein einzelner und zwar der Verfasser der Beschwerde, Ingenieur Schneider, daran glauben. Haffe legte ihm zur Last, er wäre ein Aufwiegler und hätte die Patienten gezwungen, die Unterschrift zu leisten. Natürlich ließ dieser Herr Chefarzt bei Schneider auf Stein. Es erfolgte eine Auseinandersetzung, bei der der Chefarzt den Ingenieur aufforderte, das Gefängnis sofort zu verlassen, was natürlich der Ingenieur verweigerte. Daraufhin telephonierte dieser laubere „Herr“ die Polizei an und ließ Schneider durch die Polizei herausschmeißen.

Das sind Zustände in einem Gefängnis, wo Lungen- und Nervenranke geheilt werden sollen. Wir eruchen die Landesberufung, sofort Abhilfe zu schaffen und dem sauberen Herrn das Handwerk zu legen.

Einige Patienten.

Beschwerde auf das Verbot der 693.

Schlesische Verlagsgesellschaft
G. m. b. H.

Breslau, den 17. Dezember 1924.

An den Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Niederschlesien
Breslau.

O. N. 3. P. 1325.
Die Schlesische Verlagsgesellschaft als Herausgeberin der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ erhebt Beschwerde gegen das schättagige Verbot der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“. Das Verbot und seine Begründung lautet:

„Auf Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 verbiete ich die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ auf die Dauer von einer Woche, und zwar vom 10. bis 16. Dezember 1924 einschließlich.“

Durch den Inhalt des in Nr. 180 B vom 5. Dezember 1924 dieser Zeitung abgedruckten 4. und 5. Absatzes des mit Ziffer 7 bezeichneten Teiles des Artikels: „Die Barmat-Partei am Pranger“ ist der Tatbestand der §§ 8 Ziffer 1 und 24 des Republiksschutzgesetzes gegeben.

In den Sätzen, welche beginnen mit den Worten: „Einer der drei Brüder“ und fortfahren bis zu den Worten: „er wird gästlich empfangen“,

erblicke ich eine öffentliche Beschimpfung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform des Deutschen Reiches sowie eine öffentliche Herabwürdigung dieser Staatsform durch Beschimpfung des Herrn Reichspräsidenten.

Gegen dieses Verbot ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab die Beschwerde zulässig. Sollte von dem Beschwerdeberechtigten Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt sich, zur Bekämpfung der Angelegenheit die Beschwerdeschrift mit in sechsfachen Ausfertigung einzureichen.“

1. Als Beschimpfung des Reichspräsidenten werden (summarisch die Sätze von „Einer der drei Brüder“ bis „er wird gästlich empfangen“) angegeben. Die Art der Verbotsbegründung widerspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die beleidigenden Ausdrücke müssen namentlich angeführt werden. Ihre Auswahl darf nicht dem Ermessen des Lesers überlassen werden. Wir eruchen, unabhängig von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Rechtsgültigkeit des Verbotes, um eine Entscheidung darüber, ob eine derartige summarische Angabe gesetzlich zulässig ist oder nicht.

2. Wir nehmen an, daß der Ausdruck „Barmat-Heilmann-Ebert-Schweineerei“ die Ursache des Verbotes war. Der betreffende Satz sowie der gesamte Artikel, der eine Entgegnung auf den „Volkswacht“- (SPD.-Organ) Artikel „Der Wahlschwindel der KPD“ in Nr. 275 darstellt, der wiederum eine Entgegnung auf die Artikel der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, „Barmat, Heilmann und Familie Ebert“ in Nr. 177 und „Elf Fragen an die SPD-Arbeiter“ in Nr. 178 ist, ist unverstänlich, ohne Kenntnis der gesamten Zeitungspolemik. In dem beanstandeten Artikel heißt es: „Also ist die Sowjetregierung an der ganzen Barmat-Heilmann-Ebert-Schweineerei schuld“. Dieser irrationale Satz ist eine Widerlegung der Behauptung der „Volkswacht“, die Sowjetregierung sei die Schuldige der Barmat-Heilmann-Ebert-Affäre. Indem wir nachweisen, daß nicht in Russland, sondern in Deutschland sich die Barmat-Heilmann-Ebert-Affäre abgespielt hat, haben wir nach nicht diese Affäre selbst erläutert. Der Ausdruck Schweineerei kann sich alles nicht darauf beziehen, daß der ganze Vorgang in Deutschland spielt, man muß vielmehr erläutern, worin dieser Vorgang besteht. Es kann sich demnach nur um die Antilichkeit Heilmanns und Eberts im beim Barmatlongern handeln. Alle drei angeführten Artikel der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ (sowie die nach dem Verbot folgenden Barmat-Artikel) und der „Volkswacht“-Artikel beweisen eindeutig, daß nur Heilmann und Ebert im, und andere SPD.-Führer angegriffen werden, daß aber in sämtlichen Artikeln der Reichspräsident nicht ein einziges Mal angegriffen wird. Da das Republiksschutzgesetz sich nur auf die Minister und den Reichspräsidenten selbst erstreckt, aber nicht auf dessen Familienangehörige, ist das Verbot gesetzlich unzulässig. Wir eruchen daher um seine Aufhebung.

Schlesische Verlagsgesellschaft
G. m. b. H., Breslau 10, Trebniger Straße 50.
H. Müller.

Die amtlichen Wahlergebnisse von Schlesien.

Das endgültige Wahlergebnis in Wahlkreis 7, Breslau, ist folgendes: Bei der Reichstagswahl wurden von 1173 121 Stimmberechtigten abgegeben 963 404 gültige und 15 000 ungültige Stimmzettel, ferner 9809 Wahlhefte. Es entfielen auf die Kommunisten 29 863 Stimmen, auf die Sozialdemokraten 306 991 Stimmen, auf die Deutschnationalen 277 154 Stimmen, Zentrum 183 483 Stimmen, Deutsche Volkspartei 74 384 Stimmen, Nationalsozialisten 13 618 Stimmen, Demokraten 49 953 Stimmen, Mittelstandspartei 13 640 Stimmen, Polnisch-Katholische Volkspartei 706 Stimmen, Deutschozial und Reichsbund für Aufwertung 15 905 Stimmen, Häuserbund 300 Stimmen, Deutsche Aufwertungs- und Aufbaupartei 3377 Stimmen, Freier Wirtschaftsbund 491 Stimmen.

Bei den Landtagswahlen wurden von 1121 597 Stimmberechtigten 963 202 gültige und 15 631 ungültige, sowie 9404 Wahlhefte abgegeben. Es entfielen auf die Kommunisten 29 388 Stimmen, Sozialdemokraten 307 820 Stimmen, auf die Deutschnationalen 277 473 Stimmen, Zentrum 184 746 Stimmen, Deutsche Volkspartei 73 827 Stimmen, Nationalsozialisten 13 424 Stimmen, Demokraten 44 488 Stimmen, Mittelstandspartei 13 912 Stimmen, Polnisch-Katholische Volkspartei 1417 Stimmen, Deutschoziale 17 197 Stimmen.

Endgültiges amtliches Wahlergebnis der Landtagswahlen in Wahlkreis 8, Hiesig: Abgegeben wurden 639 510 gültige und 12 780 ungültige Stimmen. Es entfielen auf die Kommunisten 20 036 Stimmen, SPD. 199 753 Stimmen, Deutschnationale 176 303 Stimmen, Zentrum 54 611 Stimmen, Deutsche Volkspartei 50 490 Stimmen, Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 8576 Stimmen, Demokraten 49 598 Stimmen, Wirtschaftspartei 23 244 Stimmen, Unabhängige 3100 Stimmen, Polnisch-Katholische Volkspartei 291 Stimmen, Deutschoziale 15 937 Stimmen, Wendische Volkspartei 1255 Stimmen, Deutsche Aufwertungs- und Aufbaupartei 1316 Stimmen.

Endgültiges amtliches Wahlergebnis der Reichstagswahlen in Wahlkreis 8, Hiesig: Abgegeben wurden 615 215 gültige und 8378 ungültige Stimmen. Es entfielen auf die Kommunisten 20 165 Stimmen, SPD. 201 694 Stimmen, Deutschnationale 177 832 Stimmen, Zentrum 54 815 Stimmen, Deutsche Volkspartei 50 854 Stimmen, Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 9080 Stimmen, Demokraten 49 194 Stimmen, Wirtschaftspartei 29 121 Stimmen, Deutschoziale 17 912 Stimmen, Polnisch-Katholische Volkspartei 227 Stimmen, Freiheitsbewegung 472 Stimmen, Häuserbund 387 Stimmen, Wendische Volkspartei 1192 Stimmen, Unabhängige 997, Deutsche Aufwertungs- und Aufbaupartei 1273 Stimmen.

Das endgültige amtliche Wahlergebnis des Wahlkreises Oppeln ergibt folgendes:

Reichstag. Wahlberechtigte 782 693, abgegebene Stimmzettel 537, gültige Stimmzettel 540 724, ungültige Stimmzettel 9 209. Es haben erhalten: Kommunisten 66 098 Stimmen, Zentrum 221 450, Sozialdemokraten 36530, Deutschnationale 117 920, Deutsche Volkspartei 15 294, Nationalsozialisten 8 200, Demokraten 12 086, Wirtschaftspartei 8 098, Polen 42 051, Volkswohlfahrtspartei 4 853, Aufwertungspartei 2 395, Deutschoziale 5 651. Landtag. Wahlberechtigte 782 816, abgegebene Stimmzettel 3 498, gültige Stimmzettel 534 260, ungültige Stimmzettel 15 136. Es haben erhalten: Kommunisten 64 893, Zentrum 218 664, Sozialdemokraten 36 043, Deutschnationale 115 867, Deutsche Volkspartei 15 000, Nationalsozialisten 8 027, Demokraten 12 148, Wirtschaftspartei 8 248, Polen 41 708, Volkswohlfahrtspartei 5 528, Aufwertungspartei 2 454, Deutschoziale 5 580 Stimmen.

Peterswaldau. Die SPD. tritt nicht für die Erwerblosen ein. Die ersten Punkte der Gemeindevorstellung waren von weniger Bedeutung. Bei Punkt 3 wurde die Sache etwas lebhafter (Stabsbewilligung). Bevor der Vorsitzende, Amis, und Gemeindevorsteher Roman, zu Punkt 3 überging, verlas er einen Antrag der Erwerblosen zwecks eines Weihnachtsgeschenkes. Gen. Heinge meldete sich zum Wort und schilderte die Not und das Elend der Erwerblosen und stellte den Antrag, 20 000 Mark in den Etat einzusetzen, daß jeder Erwerbs- und Sozialkleinrentner (Armengeldempfänger) je 20 Mark als Weihnachtsgeschenk erhält. Genosse Roman unterstrich noch die Ausführungen des Genossen. Von der SPD. sprach der „Amsterdamer Sprößling“ Kinner. Er gab wohl zu, daß etwas getan werden muß, aber er empfahl die Sache dem Wohlfahrtsausschuß. So ähnlich äußerte sich der Bürgerblock. Einstimmig von der SPD. bis zu den Deutschnationalen, wurde unser Antrag abgelehnt. Die vier Kommunisten lehnten den Etat ab.

Die Erwerblosen haben von der SPD. nichts zu erwarten. Hier ist der Beweis erbracht. Nur die KPD. ist die einzige Partei, die die Interessen der Ausge-uteten vertritt.

Weihnachtsbücher

Bücher, die der Wertigkeit seiner Frau, seinen Freunden und Verwandten schenken soll.

1. Edward Bellamy, Ein Rückblick aus dem Jahre 2000. Der größte sozialistische utopische Roman in einer glänzenden Uebersetzung aus dem Englischen von Clara Zetkin. 212 Seiten stark, gut gebunden. Teich Verlag, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten. Preis 1,50 Mark.

2. Kommunismus und Christentum, von amerikanischen Bischof William Montgomery Brown. Ein Buch für Freidenker. Diese glänzende Auseinandersetzung mit dem Christentum von heute hat dem amerikanischen Bischof eine Klage seiner kirchlichen Behörden wegen „Kezerei“ eingebracht. Bei dem Prozeß hat Brown sich toll und ganz zum Kommunismus bekannt. Dieses Buch ist in der ganzen Welt in über 120 000 Exemplaren verbreitet und ist heute in acht Sprachen überetzt. Die russische Sowjetregierung hat das Buch ins Russische übersehen lassen und verbreitet es zur Aufklärung unter der Arbeiterklasse.

Das Buch ist 264 Seiten stark, enthält eine Photographie des Verfassers und kostet in sehr schönem Geschenkeinband 3 Mark.

3. Daumier-Karte. Die wichtigsten revolutionären Zeichnungen Daumiers des 19. Jahrhunderts. Eine Anzahl der in der Kunstmappe gesammelten Bilder ist den Arbeitern wohl bekannt und sollen die Bilder auch hauptsächlich als Wandschmuck im Hause des Arbeiters gebraucht werden. Von den 16 Blättern, die auf starkem Karton in feinsten Druckverfahren hergestellt sind, greifen wir nur einige heraus.

„Der Angeklagte hat das Wort.“ Daumier zeigt in komischer Weise die ganze Heuchelei und Lüge des bürgerlichen Klassenregimes und seiner Schergen, wie es auch heute noch gar nicht anders ist.

„Der gezeigende Bauch“ beleuchtet grell das wahre Gesicht des so sehr geliebten demokratischen Parlamentarismus. Die Kunstmappe ist im Format 30:40, enthält 16 ebenso große Bilder und vier Seiten Text (Erläuterungen zu den Bildern). Preis 5,50 Mark.

Bücher über das neue Russland:

4. Martin Andersen Axer, Dem jungen Morgen zu. Schilderungen von einer Reise durchs. 131 Seiten. Preis hat 2,50 Mark Organisationsausgabe nur 1,50 Mark.

5. John Reed, Zehn Tage, die die Welt erschütterten, 243 Seiten und 10 Bilder. Preis 2 Mark.

6. Henriette Roland Holst, Aus Sowjetrußland. Bilder und Betrachtungen. Agis-Verlag, Wien. Preis brosch. 2 Mark, geb. 3 Mark.

7. Albert R. Williams, Durch die russische Revolution 1917-18. Mit zahlreichen Bildern, Plakaten usw. Preis brosch. 2 Mark, geb. 3,50 Mark.

8. Max London, Die eiserne Ferkel. Ein herrliches Propagandabuch für die marxistische Weltanschauung, dabei ein glänzender Roman zugleich, ein Kunstwerk hinsichtlich Aufbau und Gliederung. — 270 Seiten. Organisationsausgabe 1,80 Mark.

9. Gorki, Epichel. Preis geb. 5 Mark. Und andere.

10. Sindait, 100%, Preis 3,20 Mark; Higgin, Preis 3,20 Mark; Eumpfi, Preis 3,20 Mark.

11. Demontier, Vereinerne Molooh. Preis geb. 6 Mark.

12. Das politische Buch:

ABC des Kommunismus von Bucarin und Breschewski. Das Grundgewissen des Kommunisten. 368 Seiten. Preis 3 Mark.

13. Stalin, Lenin und der Leninismus. Das wichtigste Buch über die Grundlagen des Leninismus. 164 Seiten. Preis brosch. 1,20 Mark, geb. 1,80 Mark.

14. Paul Frölich, Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg. Band 1. Der Krieg. 256 Seiten. Preis brosch. 1,50 Mark, geb. 2,50 Mark.

15. G. Sinowjew, Der Krieg und die Krise des Sozialismus. Ein wichtiges geschichtliches Werk, ein Dokument des Volksgemüts, zwei Teile in einem Band mit Namen- und Sachregister. 668 Seiten. Preis brosch. 6,50 Mark, geb. 8 Mk.

16. Felix Halle, Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Straffachen, vor Polizei, Staatsanwalt und Gericht. Ein äußerst wichtiges Buch für jeden Proletarier in dieser „demokratischen Republik“. Zweite Auflage. Preis 0,80 Mark.

17. Elementarbücher des Kommunismus:

Das kommunistische Manifest. Preis 0,50 Mark.

Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital. Preis 0,50 Mark.

Karl Marx, Lohn, Preis und Profit. Preis 0,60 Mark.

F. Boffe, Jeder Verfassungswesen. Preis 0,60 Mark.

F. Boffe, Arbeiterprogramm. Preis 0,20 Mark. Gleich — Kadel, Die Entwicklung des Sozialismus zur Willenshaft und Sar. Preis 0,70 Mark.

Karl Marx, Briefe an Kugelmann. Preis 0,70 Mark.

Für Arbeiterkinder von acht bis zwölf Jahren:

18. Herminia zur Mühlen, Märchen. Inhalt: Der Rosenstock, Der Spah, Der kleine graue Hund, Warum? Mit vielen schwarzen und farbigen Bildern von Karl Holte. Preis geb. 1,50 Mark.

19. Berta Paul, Auf dem Flügelpferd durch die Zeiten. Bilder vom Klassenkampf der Jahrtausende. Erzählungen für junge Proletarier mit einem mehrfarbigen Umschlag und neun Zeichnungen von Rudolf Schlichter. Aus dem Inhalt: Zu Hause; Bei den Indianern vor 6000 Jahren; Von ägyptischen Papyrus bis zum Revolutionär; Spartakus; Bei dem Sklamo. Im deutschen Bauernkrieg; Pariser Kommune; In den Werkstätten der Wissenschaft; Zukunft; Gegenwart. Preis von ausführlich 3 Mark.

20. Arbeiterkalendar 1925.

SPD.-Kalender, mit wichtigen Artikeln, Tabellen und Adressen. Ein wertvolles Büchlein für das ganze Jahr. 176 Seiten. Fest gebunden 0,60 Mark.

Das freie Land. Kommunistischer Wandkalendar mit zahlreichen Artikeln, Erzählungen, Kalendarium, wirtschastlichen Unterhaltungsbeiträgen usw. 80 Seiten Großformat. Mit vielen Bildern aus dem Leben der Bauern und Landarbeiter. Preis 0,60 Mark.

Wandkalendar 1925. Mit wertvollen Beiträgen von Babeuf, Blanqui, Bakunin, Danton, Engels, Et. Just, Kropotkin, Liebknecht, Lassalle, Lenin, Luxemburg, Lenin, Marat, Marx, Mehring, Sinowjew usw. Bilder von Oran, Daumier, Elks, Goya, Goya, Kollith, Marjacef, Stellen, Schlichter usw. 268 Seiten mit 131 Illustrationen. Preis 1,70 Mark.

Die neue russische Literatur:

Dawel Doroosow, Solgatha. 151 Seiten. 1,80 Mark.

F. S. Sphenko, Die Rebellien. 140 Seiten. 1,80 Mark.

Whewolod Iwanow, Panzerzug 14-69. 132 Seiten. 1,80 Mark.

Whewolod Iwanow, Farbige Winde. 208 Seiten. 2,40 Mark.

Serik Sphenko, Eine Woche. 145 Seiten. 1,80 Mark.

Serik Sphenko, Die Front. 160 Seiten. 1,80 Mark.

Russische Erzählungen. 2. Serie. Vier Erzählungen von Alkin, Malcholin, Serefinowitsch. 129 Seiten. 1,80 Mark.

Russische Erzählungen. 1. Serie. Vier Erzählungen von Efejuina, Samarin, Jochow, Iwanow. 246 Seiten. 2,40 Mark.

W. Kereslaw, In der Sargasse. 392 Seiten. 2,50 Mark.

Zu erhalten bei der Literaturredaktion und Buchhandlung
Breslau, Trebniger Straße 50.

Der Sinn der Goldbilanzen. Ein Mittel zur Lastenabwälzung auf die Arbeiter.

E. L. Die Zeitungen sind voll von den Goldbilanzen der Aktiengesellschaften. Was bedeuten diese Goldbilanzen für die Arbeiter oft ebenso unverständlich sind wie Hieroglyphen? Formell dienen sie dazu, das Papiermarkkapital der Aktiengesellschaften, das in der Geldentwertungszeit zu Milliardenbeträgen aufgebläht wurde, wobei jede neue Kapitalerhöhung den Beherrschern der Aktiengesellschaften neue Gewinne in den Schoß warf, in stabilisierte Goldwährung umzuwandeln. Die Goldbilanzen sollen der in Goldgeld ausgedrückte Kapitalswert der Aktiengesellschaften sein.

In Wirklichkeit haben die Goldbilanzen einen andern Zweck. Unter dem Vorwand, das Goldkapital des Unternehmens festzustellen, dienen sie dazu, den Aktionären, insbesondere den Gesellschaften beherrschenden Großkapitalisten, neue, möglichst ausgiebige Profite für die Zukunft zu garantieren.

Die „Substanz des Vermögens“, d. h. das in der Aktiengesellschaft arbeitende Kapital, soll in der Goldbilanz erscheinen. Nun aber ist in der Zeit der Geldentwertung infolge der „Flucht in die Sachwerte“ das Sachkapital vielfach unproduktiv angelegt worden; statt moderne Maschinen zu kaufen, hat man veraltete Maschinen für Papiergeld erworben; statt Produktionsmittel zu erwerben, hat man die Gebäude ausgebaut oder ausbessert, kurz Kapitalanlagen gemacht, deren Unproduktivität erst nach dem Wegfallen der Geldentwertungsgevinne deutlich wurde. So ergibt sich, daß heute vielfach eine „Substanz“ des Vermögens da ist, die nicht produktiv arbeitet, d. h. keinen Profit abwirft.

Alfred Lansburgh sagt darüber in einem Aufsatz „Kreditpolitik“ (Dezemberheft der „Bank“, Seite 696):

„Der Substanzverlust“, über den die deutsche Wirtschaft klagt, rührt ja zum erheblichen Teil gerade daher, daß die Jagd nach Realwerten die Anlagen über das durch den Konsum gerechtfertigte Maß hinaus vergrößert und vervielfacht hat. Bei der Neuinventarisierung, die jetzt überall stattfindet, stellt es sich ziffernmäßig heraus, daß der Nutzen der Betriebe in einem ungenügenden Verhältnis zum investierten Kapital steht.“

Soll auch diese „Substanz“ mit in die Goldbilanz aufgenommen werden? Die Kapitalisten sagen: Nein! Denn für sie sind „Substanz“ nur solche Vermögenswerte, die Profit bringen, funktionierende Maschinerie, die Profit erzeugt. In klassischer Form hat das vor einigen Tagen Herr Heinrich, Generaldirektor der Deutschen Werke, der in einer Aktiengesellschaft vereinigten Reichsbetriebe, formuliert:

„Der Streit, ob Substanz, ob Rente, ist müßig, denn alle wirtschaftlichen Unternehmungen haben allein den Zweck, eine Rente zu erzielen, und Substanz, die keine Rente erzielt, ist für diese Unternehmungen wertlos. Substanz, wirtschaftlich gesehen, ist nur eine Funktion der Rente.“

Dr. Edmund Stinnes, der Erbe des großen Hugo, hat in zwei Reden, die er auf den Generalversammlungen seines Mülheimer Bergwerkvereins und seines Petroleumkonzerns hielt, sich — ohne den theoretischen Schmus des Herrn Heinrich — ganz nüchtern für eine sehr scharfe Reduzierung des nominellen Aktienkapitals in Gold eingesetzt. Nun ist bei den Banken, die während der Geldentwertung an wirtschaftlichem Einfluß beträchtlich verloren haben, eine solche Reduzierung des Kapitals auch unter den Friedensstand verständlich. Denn die Substanz, mit der die Banken arbeiten, ist eben Geld, das entwertet wurde. So haben die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Darmstädter und Nationalbank ihr Aktienkapital auf ein Zehntel des Papiermarkkapitals, die Mitteldeutsche Kreditbank auf ein Fünftel herabgesetzt. Die großen Industrie-Konzerne dagegen haben während der Geldentwertungszeit ihre Anlagen vermehrt. Eine Kapitalreduzierung könnte hier nur in Frage kommen, soweit das Aktienkapital durch Papiermark-Aktien entwertet worden ist.

Edmund Stinnes will aber aus zwei Gründen mehr:

Einmal will er, daß gegenüber einer Friedensrentabilität von 6 Prozent heute mindestens eine solche von 3 Prozent herausgewirtschaftet wird. Die deutschen Kapitalisten verlangen höhere Profite als in der Friedenszeit. „Die Substanz ist Funktion der Rente.“ Es ist klar, daß dieser Appell nach Wucherprofiten (Stinnes begründet sie mit den Wucherzinsen auf dem Geldmarkt) nur durch eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter erreicht werden kann. Goldbilanzierung, Zehnstundentag und Hungerlöhne hängen innig zusammen.

Als zweiten Grund für seine Forderung nach der Reduzierung des Aktienkapitals führt Edmund Stinnes die angeblich starke Belastung der „Industrie“ durch Steuern und zumeist durch die Industrieobligationen nach dem Dawes-Pakt ins Feld. Diese Industrieobligationen sollen 5 Prozent des Aktienkapitals ausmachen. Stinnes will nun das Aktienkapital nominell verkleinern, damit die tatsächliche Belastung der Industrie nicht mehr 5 Prozent, sondern nur noch etwa die Hälfte davon beträgt. Ebenso soll es mit allen andern Steuerlasten sein. Denn die Steuern auf die Aktiengesellschaften werden geringer, je geringer die in Gold ausgedrückte „Substanz“ ist. Die Art, wie die Goldbilanzen aufgemacht werden, dient also mit dazu, die Lasten des Dawes-Paktes von den Kapitalisten auf die Arbeiter abzuwälzen.

Das ist aber nicht der einzige Zweck der Goldbilanzierung. Sie ist weiter noch das Mittel — und das wird ganz offen auch von bürgerlicher Seite zugegeben —, die Macht der Großaktionäre in den Aktiengesellschaften, die Macht der Konzerngruppen zu befestigen. Denn wer sind die Gewinner und wer die Verlierer dieser Aktienentwertung durch die Goldbilanzierung? Die Gewinner sind hierbei die Großaktionäre, die während der Geldentwertungszeit im Vertrauen auf die Güte ihrer Aktienkapitalien und in der Hoffnung auf Papiermarkgewinne sich in den Aktienzeichnungen beteiligt haben. Deren Geld ist durch die Aktienentwertung verloren. Die Verlierer sind die Kleinaktionäre, die während der Geldentwertungszeit im Vertrauen auf die Güte ihrer Aktienkapitalien und in der Hoffnung auf Papiermarkgewinne sich in den Aktienzeichnungen beteiligt haben. Deren Geld ist durch die Aktienentwertung verloren. Sie sind die Betroffenen.

Die Gewinner sind hierbei die Großaktionäre, die während der Geldentwertungszeit im Vertrauen auf die Güte ihrer Aktienkapitalien und in der Hoffnung auf Papiermarkgewinne sich in den Aktienzeichnungen beteiligt haben. Deren Geld ist durch die Aktienentwertung verloren. Die Verlierer sind die Kleinaktionäre, die während der Geldentwertungszeit im Vertrauen auf die Güte ihrer Aktienkapitalien und in der Hoffnung auf Papiermarkgewinne sich in den Aktienzeichnungen beteiligt haben. Deren Geld ist durch die Aktienentwertung verloren. Sie sind die Betroffenen.

Die Gewinner sind hierbei die Großaktionäre, die während der Geldentwertungszeit im Vertrauen auf die Güte ihrer Aktienkapitalien und in der Hoffnung auf Papiermarkgewinne sich in den Aktienzeichnungen beteiligt haben. Deren Geld ist durch die Aktienentwertung verloren. Die Verlierer sind die Kleinaktionäre, die während der Geldentwertungszeit im Vertrauen auf die Güte ihrer Aktienkapitalien und in der Hoffnung auf Papiermarkgewinne sich in den Aktienzeichnungen beteiligt haben. Deren Geld ist durch die Aktienentwertung verloren. Sie sind die Betroffenen.

Die Gewinner sind hierbei die Großaktionäre, die während der Geldentwertungszeit im Vertrauen auf die Güte ihrer Aktienkapitalien und in der Hoffnung auf Papiermarkgewinne sich in den Aktienzeichnungen beteiligt haben. Deren Geld ist durch die Aktienentwertung verloren. Die Verlierer sind die Kleinaktionäre, die während der Geldentwertungszeit im Vertrauen auf die Güte ihrer Aktienkapitalien und in der Hoffnung auf Papiermarkgewinne sich in den Aktienzeichnungen beteiligt haben. Deren Geld ist durch die Aktienentwertung verloren. Sie sind die Betroffenen.

Die Lebenshaltung der Landarbeiterschaft

Ueber die Lebensverhältnisse auf dem Lande bestehen in weiten Kreisen große Unklarheiten. Man weiß, daß ein Teil des Lohnes in Form sogenannter Deputate gegeben wird, d. h. in Form von Naturalieferungen (Getreide, Kartoffeln). Es ist dem Arbeiter nur schwer möglich, den Wert der Deputate abzuschätzen und sich danach einen Begriff von der Gesamtenlohnung des Landarbeiters zu machen. Nun bringt die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft Nr. 21, eine Zusammenstellung der tarifmäßigen Landarbeiterlöhne in verschiedenen Bezirken und gibt auch Anhaltspunkte für die Löhne und Lebenshaltung der Landarbeiter.

Die trockenen „sachlich“ mitgeteilten Zahlen verdienen es, bekannt zu werden. Es sind Mehrverdienste durch Ueberstunden und Akkordarbeit noch möglich. Das Reichsamt betont das auch — begreiflicherweise. Denn die „Höhe“ der angegebenen Löhne läßt das Gefühl aufkommen, daß von ihnen kein Mensch leben kann. Welche Möglichkeiten aber zu Nebenverdiensten bestehen, werden wir weiter unten erfahren. In der nun folgenden Uebersicht sind die Deputatmengen umgerechnet nach dem Wert, den sie im September dieses Jahres hatten.

Landarbeiterlöhne (Mann, Frau, 2 Kinder.)

Bezirk	Barlohn je Woche Mark	Gesamtlohn je Woche Mark	Tgl. Arbeitst. in 100 j. r. Stunden	Entlohnung d. Deputat je Stk. Mark
Ostpreußen *) (v. d. Marzianburg)	1,51 bis 2,32	13,90—17,69	9,65	0,288—0,32
Pommern	1,86 bis 2,40	18,90—21,90	9,67	0,348—0,392
Meckl. erbh. Schw. u. Meckl. ländl.	3,35	19,50	9,33	0,357
Schleswig-Holstein	7,00	21,90	9,45	0,401
Brandenburg	4,15 bis 4,94	16,20—18,90	9,5—9,67	0,294—0,344
Sachsen	4,23	15,00	9,53	0,288
Sachsen und Anhalt	4,23	11,55	9,53	0,264
Sachsen und Anhalt (Sachsen)	8,45	16,40	9,17	0,31
Altmark	9,00	13,55	9,25	0,285
Bayern	11,70	16,00	9,67	0,288
Oberfranken	10,20	13,00	9,67	0,232

*) Im Kreise Marzianburg beträgt der Barlohn wöchentlich 4,5 Mk., jedoch ist der Gesamtlöhne mit 12 Stk. in Höhe kleineren Deputats auch nur 35 Pf.

Die Lohn Tabellen in „Wirtschaft und Statistik“ sind auf Jahressummen bezogen; wir haben sie der größeren Klarheit halber auf Wochen umgerechnet. Ebenso gibt „Wirtschaft und Statistik“ die Gesamtzahl der im Jahre zu leistenden Arbeitsstunden an. Bei Annahme von 300 jährlichen Arbeitstagen haben wir die tägliche Arbeitszeit errechnet und aus Gesamtlohn und Gesamtstundenzahl des Jahres den Stundenlohn. Nun sieht die Sache weniger theoretisch aus.

Im Lande der größten Krautfumker, in Ostpreußen, ist die Entlohnung am miserabelsten. Nicht nur, was den Stundenlohn anbelangt. Der ist mit 27 bis 32 Pf. zwar schon empörend niedrig, wird aber in der Ordnungszelle Bayern noch unterschritten, wo nur 23 Pf. gezahlt werden. Am meisten Beachtung verdient, was man den Landproleten als Bargeld in die Hand zu drücken wagt: in Ostpreußen weniger als 1,50 Mark die Woche! Davon sollen nun Beleuchtung, Kleidung, Krankheit, kulturelle Bedürfnisse bestritten werden. Dafür sollen die Kinder mit Wäsche versorgt werden, und der ganze Lohn einer Woche lang ja nicht einmal für ein Kinderhemd. Laß diese Löhne nicht zu niedrig angegeben seien, dafür bürgt schon die kapitalistische Einstellung aller Reichsamtserichte. Viel eher sind die Schätzungen des Werts der Deputate noch zu günstig. In Bayern ist zum Beispiel die absolute Lohnhöhe am niedrigsten; wahrscheinlich, weil die Deputate zu gering sind, als daß ihre Ueberschätzung den Gesamtlohn wesentlich ändern könnte. Die Deputate bestehen in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Schles-

wig-Holstein und Schlesien zu 40 bis 50 Prozent aus Getreide und Hülsenfrüchten, und das Reichsamt hat sich mit Bedacht den Monat in seiner Berechnung erwählt in dem diese Waren besonders hoch im Preise standen. Es rechnet zum Beispiel selbst aus, daß nach den Augustpreisen der Lohn in Schleswig nur 6 Prozent niedriger wäre. Sollten die Deputatarikel dauernd höher als früher bewertet werden, dann können wir wohl sicher sein, daß die Junker diese Belastung nicht werden „tragen“ können und die Deputatmengen herabsetzen werden.

Wenn im Tarifvertrag die tägliche Arbeitszeit überall mit 10 Stunden angegeben wird, nun, so wird in Wirklichkeit wohl beträchtlich mehr verlangt werden. Oder sollten etwa die Junker die Mehrarbeit zur Erntezeit usw. wirklich aufrechnen? Bezeichnend ist, daß das Reichsamt die völlig unverständliche Summe der Jahresarbeitsstunden angibt, — statt einen Tagesdurchschnitt zu berechnen — man scheut sich wohl zu sagen, daß 10 Stunden für diesen Jammerlohn zu schufteln ist.

Es kommt aber noch schöner: „Die Bemessung des Lohnes nach dem Familienstande ist zwar auch eine in der Industrie bekannte Erscheinung (z. B. Hochbahnersozialzulagen 6 M.), ohne daß jedoch die Familienangehörigen des Industriearbeiters zu Gegenleistungen verpflichtet wären. Wenn nach den Vorschriften der meisten Tarife auch besondere Arbeitsverträge mit den Familienmitgliedern abgeschlossen werden müssen und die Stellung eines Hofjägers nur noch selten (?) verlangt wird, so ist doch das Familienoberhaupt verpflichtet, die ledigen Angehörigen zur Arbeit auf dem Gut anzuhalten.“

Ist also die Lohnhöhe an sich schon zum Verhungern zu wenig, so müssen noch mindestens Mann und Frau dafür schuften, die Kinder sind „zur Arbeit anzuhalten“. Die ganze Familie ist dem Junker hörig. Und das in der „freiesten Republik der Welt“. Das Reichsamt fährt fort:

„Praktisch wird die Einstellung eines Arbeiters wohl auch immer von der Mitarbeit seiner Angehörigen abhängig gemacht werden; da besonders die Belastung des Betriebes durch die Wohnung (— die selbstredend beim Deputat in Rechnung gestellt wird —) sinkt, je mehr Arbeitskräfte ihm aus einer Familie gestellt werden.“

Die ganze Lohnfrage ist überhaupt keine soziale Angelegenheit, sondern wird von dieser Behörde vom Betriebsstandpunkt aus angesehen, im Sinne der Selbstkostenverringering. Daß man mit 1,50 Mark als Wochenlohn kaum in der Tasche klumpen, geschweige irgend welche Bedürfnisse befriedigen kann, daran denken die würdigen Geheimräte im Reichsamt nicht, deren soziale Frage gelöst ist, wenn die höheren Beamten „entsprechend Friedenssätzen“ aufgebessert sind. Wohl aber haben die Herren Verständnis für die „Belastung der Betriebe durch nur ledige Landarbeiter“. Und so wird dann auch zum Schluß bewiesen, wie gut es doch im Grunde dem Landproletariat geht, da ja die unterste Klasse der Industriearbeiter, sogenannte Hilfsarbeiter, zum Teil noch weniger bekommen. Wie gut hat es dagegen doch der Landarbeiter, der nach 10 Stunden Arbeit mit Weib und Kind noch private Einkommensquellen erschließen kann. Denn er hat die Möglichkeit, „durch die Haltung von Vieh und die Eigenbewirtschaftung von Land in der freien Zeit seine Lebenshaltung zu bessern“.

Und wenn er sie nicht verbessert, dann geht es ihm eben ähnlich wie dem Arbeitslosen, der die Möglichkeit hat, durch „Annahme von Arbeit“ seine Lebenshaltung zu verbessern. Warum arbeitet er nicht? Warum essen die Hungertoten kein Brot haben, keinen Kuchen?

Wir aber glauben, daß die deutschen Arbeiter und Bauern erst dann ihre Lebenshaltung verbessern werden, wenn sie gemeinsam ihre Blutsauger abgeschüttelt, wenn die Landarbeiter und arbeitenden Bauern die Junker aus ihren Schlössern verjagt haben. Weber.

Die Goldumstellungen.

Die Commerz- und Privatbank veröffentlicht eine Zusammenstellung der Umstellungsergebnisse aller der Gesellschaften, deren Aktien in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. Main anwirts. Notiz gemeldet. Die Tabelle enthält 655 Posten, d. h. etwa 54 Prozent aller Werte, die in Frage kommen. Von diesen 655 Papieren wurden 439 bereits vor dem Kriege notiert. Deren Kapitalziffern, in die wichtigsten Gruppen zusammengefaßt, stellen sich laut „Berliner Tageblatt“ folgendermaßen dar:

	In Millionen Mark:	Vorkriegskapital	Goldkapital
Insgesamt (439 Werte)	4319,51	4339,15	4339,15
Schiffahrtsaktien (10 Werte)	392,84	157,6	157,6
Eisenbahn- und Gleichbahnaktien (16 Werte)	117,61	152,82	152,82
Bankaktien (22 Werte)	1257,98	484,95	484,95
Branchenaktien (16 Werte)	53,17	78,1	78,1

Den stärksten Substanzverlust weisen also die Bankaktien auf. Auch die Schiffahrtsaktien haben sich mehr als halbiert. Dagegen weisen die Eisenbahn- und Kleinbahnwerte und die Branchenaktien einen ansehnlichen Vermögenszuwachs auf. Das Nominalkapital von 1913 verhält sich zu dem von 1924 wie 1000 : 1004.

Goldmarkumstellung im Dienst der Konzern-Politik.

Die Goldmarkumstellung der Deutschen Kaliwerke. Die Deutschen Kaliwerke wollen ihr Aktienkapital im Verhältnis von 5:1 auf etwa 16 Millionen Goldmark zusammensetzen. Das Vorkriegskapital betrug 30 Millionen Goldmark, war also fast doppelt so groß, wie das neue Goldmarkkapital. Die Reduzierung wird mit dem Fortfall der Kaliwerke im Elsaß, mit Verlusten bei der Ausgabe von Valuta-Schuldscheinen und allgemeinen Geldentwertungsverlusten und mit einer Wertverminderung der Betriebsanlagen begründet.

Der eine oder der andere dieser Gründe mag zutreffen. In Wirklichkeit jedoch ist für die Reduzierung des Aktienkapitals nicht so sehr dieser „Substanzverlust“ maßgebend — Kali ist ja in Deutschland als Bodenschatz reichlich vorhanden — sondern die Konzentrationspolitik des Wintershall-Konzerns. Der Wintershall-Konzern beherrscht das Kaligeschäft. Seine Politik geht darauf aus, angeblich nicht rentable Werke im Interesse seines Konzernprofits stillzulegen. Dazu soll jetzt auch die Goldmarkumstellung dienen. Wenn der Wert der deutschen Kaliwerke in Gold ausgedrückt, klein ist, dann wird hinterher gesagt, daß man auch den verbleibenden Goldwert nach der Umstellung des Unternehmens „angepaßt“ werden müsse. Und Wintershall hat einen Grund mehr, seine Stützgesellschaft durchzuführen.

Der Wintershall-Konzern arbeitet mit amerikanischem Kapital. Die deutschen Kaliarbeiter, die durch die mit den Dollarsorgen aus Amerika erlangte und begründete Produktionsverlagerung der Konzernbetriebe auf die Straße Fieren müssen sich bei den Dawes-Sozialdemokraten dafür bedanken.

Schädliche Einfuhr

stellt die „Deutsche Tageszeitung“ vom 27. November fest. Handelt es sich um Opium oder Kokain? Eiert der Patriot gegen die Kokotten, die es nicht lassen wollen, französische Mode zu tragen und Lebemannern, die durchaus englische Tuche verlangen?

O nein. Aber das ganze deutsche Volk ist über Nacht zum Prasser und Fresser geworden. Wir verzehren 216 Prozent mehr Fleisch als vor dem Kriege!

Der deutsche Prolet wird verwundert in seiner Kohlsuppe nach dem um 216 Prozent größer gewordenen Schweinefleisch suchen —

Aus der Werkstatt deutschnationaler Statistiker.

Das Resultat kommt auf folgende Weise zustande: 1. Der Bedarf der deutschen Bevölkerung wird um 15 Prozent niedriger angenommen als vor dem Kriege, da sie durch die Gebietsabtretungen um 15 Prozent verringert wurde.

Muß sich aber darum die Einfuhr verringern? Im Gegenteil! Durch die Gebietsabtretungen gehen prozentual sehr viel mehr Acker- und Weideland, sehr viel mehr „Landwirtschaft“ als „Bevölkerung“ verloren (Ostpreußen, Oberschlesien, Elsaß). Das Fehlende muß eingeführt werden. — Die Einfuhr von Fleisch und sonstigen Lebensmitteln muß also naturgemäß bei gleichbleibendem, ja selbst bei sinkendem Bedarf steigen.

2. Der deutschnationaler Statistiker gibt selbst zu: die Einfuhr von Vieh hat die Friedenshöhe noch nicht erreicht (trotz verringertem Viehzucht!). Die ungeheure Einfuhr betrifft das Gefrierfleisch.

Also ein Rückgang des Konsums an teurem, frischem Fleisch, dafür ein steigender Konsum an billigem Gefrierfleisch. Für den Sehenden ein Zeichen der Verelendung. Für den Patrioten ein Zeichen schädlicher Schlemmerei.

3. Die Mehreinfuhr von Fetten belegt der Statistiker mit folgender Tabelle:

Setzt man die Einfuhrzahlen des Jahres 1913 um 15 Prozent reduziert = 100, so ergibt sich folgende Einfuhrrelation:	
Ersatzfette	8010
Käse	174
Schmalz und andere tierische Fette	121
Butter	97

Auch hier dasselbe Bild. Die Einfuhr von Butter ist (trotz verringertem Erzeugnis im Inland!) zurückgegangen — die Einfuhr von Ersatzfetten ungeheuer gesteigert!

4. Die durch die ausländischen Preise nach oben dirigierte Preislage bedeutet zwar für die Landwirtschaft eine besondere erfreuliche Verbesserung ihrer Lage — aber sie ist dennoch unerträglich — da die Auslandspreise einmal wieder sinken könnten.

Darum Drosselung, darum Verhinderung dieser schädlichen Einfuhr. Mögen doch die Proleten verrecken, wenn nur — der „Nährstand“ gedeiht.

Aus der Provinz

Berichtet Eurer Zeitung!

Jeder Genosse, Parteiarbeiter, Gemeindefunktionsär, Betriebsrat, Referent, wie überhaupt jeder Kommunist und jeder Arbeiter und jede Arbeiterin muß Berichterstatter und Mitarbeiter der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ sein.

Alle Vorfälle, die ein Genosse oder Leser unserer Zeitung, sei es auf der Straße oder im Betrieb erlebt und von denen er annimmt, daß sie politischen Wert für seine Presse haben, muß sie mündlich oder schriftlich sofort der Redaktion anzeigen. In jeder Betriebszelle muß ein Genosse die Berichterstatterfunktion übernehmen und eine ständige Verbindung zwischen Betrieb und Zeitung aufrechterhalten und alle bedeutenden Vorfälle im Betrieb (Unfallsfälle, Lohnkürzungen, Streiks usw.) der Zeitung mitteilen. In jeder Gemeindefunktion der Opposition muß ein Genosse bestimmt werden, der lausend Berichte aus Gewerkschaftsversammlungen usw. für die „Schles. Arbeiter-Zeitung“ schreibt. Keine Ortsparlamentarische darf ohne Bericht an die Zeitung vorbeigehen.

Und letzten Endes muß jeder Genosse von allen Vorfällen, mögen sie klein ereignen, wo es immer sein mag und von denen er weiß, daß sie von Interesse für die Gesamtarbeiterschaft sind, der Zeitung Bericht erstatten.

Nun ist es ganz unbedeutend, ob die Berichte orthographisch fehlerfrei und stilistisch einwandfrei sind, das korrigiert und ändert die Redaktion. Aber notwendig ist, daß ihr stets in Verbindung steht mit der Redaktion und umgekehrt. Notwendig ist ferner, daß die Berichte nur einseitig, d. h. nur auf einer Seite des Papiers gedruckt sein müssen, und daß unter den Berichten der volle Name und die genaue Adresse resp. der Betrieb gelehrt sein muß.

Genossen und Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“! Berichtet wieder so rege wie früher alle Unternehmungskreisläufe, bürokratische Schikanen und Flegelkeiten, alle Arbeitermishandlungen, Arbeiterverdräuerien, alle Betriebsunfälle, mangelnde Schutzvorrichtungen in den Betrieben, Lohnkürzungen usw. Schreibt über euer und über anderer Arbeiter Glend und ihre Able, macht eure Zeitung zu einem wirklichen Organ aller Werktätigen. Dann wird auch die Abonnentenwerbung leicht sein.

Ma die Arbeit, Genossen! Für die Bewegung! Für die Revolution!

Den Vater ermordet,

um schneller in den Besitz der Erbschaft zu gelangen.

Das Schwurgericht in Oppeln verhandelte gegen die Brüder Josef und Johann Marx aus Dombrowa a. d. O., die angeklagt sind, ihren Vater, den Gärtnereibesitzer Franz Marx am 11. Juni d. J. gemeinsam fälschlich ermordet zu haben, zu verantworten. Am 12. Juni wurde der Stellvertreter in der Scheune seines Grundstücks tot aufgefunden. Die Angehörigen (die Söhne: Josef, Johann, Theodor und Franz; die Tante und Onkel) gaben als Todesursache zunächst Alkoholvergiftung an. Diese Angabe kam durchsich glaubwürdig, denn der alte M. war als „Quartalsäuer“ bekannt. Bald jedoch kam es anders. Auf Anraten von Verwandten und ins Vertrauen gezogener Freunde nämlich die Söhne dem Amtsarzt endlich die angeblich wahre Todesursache des alten M. an, und zwar: Selbstmord durch Erschießen. Hierbei sollte bei dem abhandlungsgenommenen polizeilichen Protokoll und den späteren Verhandlungen erklärt werden, daß sie aus Furcht vor der Schande, die sie als Angehörige eines Selbstmörders zu treffen drohte, den tragischen Selbstmord verschwiegen hätten. Im Vorfeld ging nach Bekanntwerden der eigenartigen Umstände, unter denen der Tod des alten M. erfolgt war, bald das Gerücht umher, daß der Selbstmord, ebenso wie die angebliche Alkoholvergiftung nur vorgetäuscht, in Wahrheit aber der alte M. von seinen Söhnen ermordet worden sei. Die Verdachtsmomente verstärkten sich derart, daß die beiden Söhne Josef und Johann auf Anordnung der Staatsanwaltschaft unter dem dringenden Verdacht des Vatermordes verhaftet wurden. Es stellte sich nun heraus, daß Josef das Gut seines Vaters an sich bringen wollte und daher den Vater aus Habgier ermordet habe. Bereits die ersten Zeugenvernehmungen brachten die Entschlüsselung. Die Sachverständigen befanden nämlich übereinstimmend, daß die Schußwunde im Körper des alten M. gerade das Gegenteil von dem zeigte, was Josef darüber behauptet hat, daß heißt: die Schußöffnung befand sich im Rücken und der Ausbruch in der Brust. Es ist demnach ein Selbstmord ausgeschlossen, viel-

mehr ist der alte M. von seinen mörderischen Söhnen erschossen worden.

Der Anklagevertreter führte in seiner Anklage aus, daß die Tat selbst, d. h. der Ort und dergleichen, nicht aufzuklären, da die Angeklagten leugnen. Er holte aber den Indizienbeweis für ausreichend, um den Angeklagten Josef M. wegen vorläufigen Mordes verurteilen zu können. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß nach den Aussagen des Angeklagten Johann M. unmittelbar nach dem Tode des Vaters Josef M. seinem Bruder Johann den Vorschlag gemacht habe, er (Johann) möge die Wirtschaft ihm abtreten, er solle dafür das Häuschen erhalten. Er beantragte daher die Todesstrafe für diesen Angeklagten. Das Gericht hat sich den Ausführungen des Anklagevertreters angeschlossen und hat Josef Marx zum Tode verurteilt. Johann M. wurde dagegen freigesprochen.

Tätig melde die Presse von ähnlichen solchen schauerlichen Mordtaten, die nur im kapitalistischen System, in dieser von „Gott gelegener Ordnung“ möglich sind. Schafft das Privateigentum ab, gebt jedem Menschen die Gewähr und die Möglichkeit einer anständigen Lebensweise und solche Kannibalen-taten werden von allein aufhören. In Rußland, in dem Lande der Sowjets, gibt es solche Mordtaten nicht mehr. Der russische Bauer braucht keine Angst zu haben, daß ihn seine Söhne ermorden. Er weiß, daß seine Söhne ebenfalls Land erhalten oder eine andere Arbeit bekommen, wo sie anständig leben können.

Erfolg der Freiburger RW. für die Erwerbslosen.

Weber der letzten Stadtverordnetenversammlung lag eine gewisse Schwüle. Es sollte über Zuschüsse an Erwerbslose beschlossen werden. Dazu hatte sich auch eine Anzahl Erwerbsloser als Zuhörer eingefunden. Vom Finanzausschuß wurden der Stadtverordnetenversammlung folgende Vorschläge gemacht: Vergrößerung der Erwerbslosen sollen 5 Pfund Kartoffeln pro Woche, ledige 1 Brot, verheiratete Erwerbslose 1/2 Zentner Kohlen pro Woche und eine Mietzbeihilfe von 5 Mark monatlich, ledige 3 Mark erhalten. Genosse Krusche verlangte 1/2 Zentner Kohlen, dem auch zugestimmt wurde.

Verhandelt wurde auch über den Vorschlag des Magistrats, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge den Bau der Harteschauße in Angriff zu nehmen. Genosse Krusche befürwortet diesen Vorschlag, verlangt aber, daß die Erwerbslosen nach dem Gemeindef- und Staatsarbeitertarif bezahlt werden. Aber sofort kamen die Herren Brod und Präger und meinten, dafür wäre kein Geld vorhanden. Genosse Gruschka brandmarte das Verhalten der Bürgerlichen, wobei es zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Bürgermeister kam, welcher ihm Sabotage der Kostlandarbeiten vorwerfen kam den Bürgerlichen ein Sozialdemokrat zu Hilfe warf. Gen. Gruschka blieb ihm die Antwort nicht schuldig. Aber wieder kam den Bürgerlichen ein Sozialdemokrat zu Hilfe: Der Stadtverordnete S. S. S. meinte, daß ein ganz Teil Erwerbsloser stoch sei, für einige Wenige zu arbeiten. — Den Kartegeldverleihen bis 60 Prozent und Hinterbliebenen soll zu Weihnachten etwas Mehl, Margarine und Zucker verabreicht werden, insgesamt für 500 Mark. Gen. Trona verlangt, daß auch die 40-60 Prozent Beschädigten etwas bekommen. Gen. Peterwig würde an Stelle des ausgeschiedenen ehemaligen Gen. G. S. S. eingeführt. Die Luftartensteuer wurde erhöht. Der Steuerertrag für 23 Entlastung erteilt. Die Waldheimbarade wird mit 2360 Mark angelaufen. Ein Antrag des Hausbesitzervereins, die Wohnungszwangswirtschaft allmählich abzubauen, wird abgelehnt. Hieran schloß sich eine beherrschende Sitzung, trotzdem Gen. Krusche dagegen gesprochen.

Striegau. Sonnabend, den 20. Dezember, abends 8 Uhr, Generalversammlung der Ortsgruppe Striegau in der Stadt Breslau. Erschienen jedes Mitgliedes ist Pflicht.

Oblau. Weihnachten, das Fest praktischer Liebes-tätigkeit, befristet in den kommenden Wochen die Gemüter. Wir bereiten wir den uns Nahestehenden, unseren Frauen und Kindern, eine Freude, die dauernd wirksam ist? Das tun wir am besten durch die Sicherstellung ihrer Zukunft durch den Abschluß ein Versicherung bei der Volksfürsorge. Anstalt erteilen die Vertrauensleute der Volksfürsorge. Die Funktionäre der Gewerks- und Genossenschaften, Vertrauenspersonen im Kreis Oblau sind: Peisterer, Sabel, Hermann, Steindorf, Wagner, Paul, Märzdorf, Weimer, August, Schomastirch, Klippich, Anis, Wansen, König, Paul, Oblau, Wagner, Paul, oder man wende sich an den Obmann der Volksfürsorge: Böhm, Karl, Oblau, Bräger Straße 24.

Ueberfallkommando Reichsbanner Langenbielau

beginnt seine Arbeit.

Seute morgen um 2 Uhr wurden Kommunisten, die sich auf dem Heimweg von einer Versammlung befanden, von Angehörigen des Reichsbanners auf offener Straße angefallen. Die Gelder waren:

1. Der Herr Redakteur Drecher vom „Proletarier“
2. Der Sohn des Wabemeyers Ben Stenberger
3. Bittner und
4. ein Unbekannter.

So begann der Faschismus in Stallent! Unbekannt! Gebt ihnen heute die Quittung. Unschlächter Bericht folgt in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

So lautet der Inhalt des Plakates, das die RW-Ortsgruppe am Wahltag herausgebracht hatte. Dem großen Kaiserlogalkisten und Zentrumsfreund Wetz war dieses Plakat in die Knochen gefahren. In seiner Angst und Verzweiflung um die Stimmen, die durch dieses Plakat verloren gehen könnten, griff er zu den erbärmlichsten und gemeinsten Mitteln. Vor dem Gasthof „Kaiser Friedrich“ (Kunze) kam es zu einem Zusammenstoß. Wetz (RW) verlangte, daß das Plakat abgenommen werden sollte, da es ungeheuer sei. Unsere Genossen verlangten, daß der Redakteur Drecher selbst hier erscheine. Nach langem Warten endlich kam Herr Drecher, las das Plakat und verlangte, daß es abgenommen werde. Unser Genosse Reichel legte ihm die Frage vor, ob er den Befehl erzwingen kann, daß der Inhalt des Plakates beseitigt werden. Aber ohne eine Antwort zu geben, rief er das Plakat ab und dann will sich dieser Kommissar beschweren, wenn ihm für seine Frechheit eine Proletarierfaust ins Zifferblatt liegt. Zuerst wollte er den gerechten und beleidigten „Herrn“ martellieren, der unbedingt „Rechtfertigung“ verlangen muß. Als er sich aber rechtfertigen sollte, war er zu feig.

Wie war der wahre Sachverhalt? Dazu geben wir unseren Genossen Reichel und Krause das Wort:

Erklärung.

Wir erklären hiermit, daß der Inhalt dieses Plakates voll und ganz den Tatsachen entspricht, und erklären hiermit, daß Drecher, Redakteur vom „Proletarier“, und Stadtverordnete Wetz-Langenbielau, Schwinder sind, wenn sie am Sonntag erklären: Das Plakat entspricht nicht den Tatsachen. Der Vorgang ist folgender: Am Sonntag früh gegen 2 Uhr kamen unsere Genossen Alfred Rask, Gustav Franz und Wolf Kriebel mit uns aus der öffentlichen Hofversammlung aus Lampersdorf. Diese drei Genossen waren etwas im voraus und kamen uns wieder entgegen. Möglich sprang vor uns über die Straße ein Mann und ging auf unsere Genossen zu. Das war der Redakteur Drecher. Er packte unseren Jugendgenossen Rask an der Brust, schrie ihn an „bleib stehen und mitkommen“, und schlang dabei seinen Knüttel (denn Spazierstock kann man es kaum noch nennen) über den Kopf des Genossen. Dann sprang als Zweiter der in Langenbielau berühmte Reichsbannerheld Bittner herbei und packte unsere beiden anderen Genossen an der Brust. Der Redakteur Drecher erklärte dabei: „Das sind ja Kommunistenjüngelchen“. Wir fragten die Arbeiter, ob das kein Ueberfall ist? — Wir fragten diese goldgelben Prügelhelden, warum sie unsere Genossen überfallen und verprügeln wollten? Da erklärte Drecher: „Die haben dort Plakate abgerissen!“ Als wir die Beweise verlangten, stellte es sich heraus, daß gerade das kommunistische Wahlplakat abgerissen war. Da nun selbst im Hirn des dümmsten Republikaners Klarheit darüber herrscht, daß die Kommunisten doch nicht ihre eigenen Plakate abreißen, erstand man schnell das Märchen, daß Bürgerliche dies getan haben und daß sich die laffernen Reichsbannerleute geirrt hätten. Wir erklären dies für einen plumpen Schwundel, denn 1. hatte die RW keine Plakate an der Anschlagtafel und 2. bezweifelten wir, daß das Reichsbanner freiwillig den Schutz des kommunistischen Plakates übernommen hätte. Falls der Führer des schwarz-rot-goldenen Ueberfallkommandos es für notwendig hält, gegen uns zu polemisieren, sind wir gern bereit, mit mehr Material zu erwidern. Franz Reichel, Willi Krause.

Durch diese Erklärung ist festgestellt, daß es Wahrheit ist, daß es ein Ueberfallkommando vom Reichsbanner war, daß unsere Genossen aufauerte. Arbeiter! Entscheldet darüber, zu welchem Zweck das Reichsbanner besteht und was für Helden die Führer der RW sind.

Ortsleitung der RW, Langenbielau.

Verschwörer und Revolutionäre

Sagebuchaufzeichnungen von M. Kato wski. Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

47]

„Denken Sie denn noch an mich?“, fragte er. „Ober wollen sie mich bloß als eine Art Reliquie aufheben?“ Er fragte mich aus nach den Genossen und ihrer Stimmung. Zelasoff hatte ihn schon besucht. „Das ist ein Adler!“, sagte Nischajeff. Zelasoff kann alles! Die Zeit verging. Wir besprachen noch den Fluchtplan. Nischajeff sollte Schyrajeff und noch einen mitnehmen. Ich dachte an Michailoff.

„Ich kann es kaum glauben, daß ich hier herauskomme!“, sagte er. „Ich habe geträumt die Revolution würde mich befreien. Glodengeläute in der Stadt! O! der Tag der Rache! Michail! Du weißt ja nicht, was Rache heißt. Wenn ich hier sitze und der Fluß rauscht hinter der Wand — die Gedanken brennen.“

Schließlich rief er:

„Gib mir die Hand! Schwöre mir, daß alles so ist. Daß er euch nicht entruimt!“

Ich drückte seine Hand: „Zelasoff hat alle Möglichkeiten erwogen. Es ist fast unmöglich, daß es mißlingt.“

Nischajeff schwieg lange Zeit, dann hob er plötzlich schwer die gefesselte Hand und preßte mich an seine Brust: „Für alles das, für alles... Daß euch die Hand nicht entruimt! Mag ich hier schon umkommen — aber diesen Tag müßt ihr mir schenken!“

Ich mußte fort. Er preßte mich nochmals an sich, ich fühlte die Tränen auch über mein Gesicht fließen.

Ich drückte seine Hand an die Lippen. Er blickte mich erstaunt an:

„Michail! was tust du?“, und weiter flüsterte er: „Erinnere dich ab und zu meiner; denk an mich in Fremdschaft, Michail, so wie jetzt!... Auch ich bin einmal Mensch, gemessen, ehe ich ein Gespenst geworden bin.“

„Wir werden uns sicher wiedersehen!“, sagte ich. Nischajeff schüttelte den Kopf.

„Vergeßt nur nicht, was ihr versprochen habt. Diesen Tod seid ihr mir schuldig. Weiter nichts.“

Ich ging fort. In den langen Korridoren hallte die Parole wieder, die Tore wurden hinter mir knarrend zugeschlagen. Als ich schließlich in der Stadt war, hatte ich das Gefühl, als wenn ich aus dem Jenseits zurückgekommen wäre.

*

In den folgenden Wochen wurde fast täglich irgend jemand der Unstrigen verhaftet. Es war schwer eine Grenze zu ziehen zwischen vollständiger Passivität und der Mitschuld am Vergießen des heiligsten Blutes; man mußte schon sehr naiv sein, heucheln oder blind sein, um von moralischen Werten einer Gesellschaft zu sprechen, die sich nur mit Galgen halten konnte. Die bürgerliche Gesellschaft kannte unsere Ziele und ihr eigenes Gewissen peinigte die Feiglinge.

Es war schwer für uns zusammenzukommen. Um mit Wera Rodanowitsch zu sprechen, mußte ich eines Tages einen Frad anziehen und einen regelrechten Ball besuchen. Ich kam spät an, um möglichst kurz zu verweilen. Diese Menschen lachten, tanzten und waren fröhlich. Ich dachte an Nischajeff, der zur selben Zeit in einem finstern Loch liegen mußte. Wie hätte er diesen Saal angeblüht? Es war unerträglich.

„Ihr werdet morgen auf der Sadowaja erwartet!“, sagte Wera. „Es ist schon beschlossen.“

„Wann?“ — „Am nächsten Sonntag!“

An einem Morgen der nächsten Tage passierte ich eine stille Gasse; gewohnheitsmäßig überfah ich schnell die Gegend, konnte aber nichts Bedächtiges erblicken. Vor mir ging ein kleiner gebeugter Mensch, er schleppte sich mühsam vorwärts. Und lehnte sich oft an die Hausmauern. Als ich an ihm vorbeiging, sprach er mich an:

„Kanisowski! Erkennen Sie mich nicht?“

Vergeblich strengte ich mich an. Nach einer Weile sagte er: „Sie waren damals abends bei mir! Ich bin zumt! Es ist lange her, bald zehn Jahre!“

Er sah das Glauben auf meinem Gesicht und lächelte traurig:

„Sieben Jahre war ich allein! Sieben Jahre... Immer einsam...“

Ich schrie auf, er aber legte den zitternden Finger an die Lippen:

„Nichts! Nichts! Gehen Sie fort! Ich kenne Sie nicht! Gehen Sie weiter. Man wird Sie sehen und verhaften. Überall haben sie Augen. Gehen Sie fort!“

Ich wollte ihm eine Droschke holen, denn er hatte offenbar Fieber, aber er wollte nichts davon wissen und wiederholte immerfort daselbe: „Gehen Sie fort!“

Er war nur noch ein Schatten eines Menschen. Er zitterte an ganzen Körper. Sieben Jahre einsam! Und dann hatte man ihn wie einen verbrauchten Lappen auf den Rehrichthausen geworfen.

Ich mußte ihn verlassen. Als ich mich noch einmal umblidte, sah ich ihn mühsam weiterstreicheln, sein Kopf zitterte, die Hände hingen kraftlos herunter.

Wir mußten damals in Petersburg vorsichtig sein, wir verständigten uns durch verabredete Zeichen: durch ein bestimmtes Zurückschlagen der Gardine oder einen Bleistiftstrich an einer Mauerede und dergleichen mehr.

Eines Tages machte die Polizei eine Revision in dem Laden, von dem aus die Straße unterminiert war. An demselben Abend taten wir den letzten Spatenstich.

Wir hatten außerdem noch einen Plan ausgearbeitet. Eine Abteilung sollte den Zaren mit Bomben erwarten im Falle, daß er nicht durch die Sadowaja kam. Zu dieser gehörte Hryniemi, ein Mensch, der wie kaum ein anderer überzeugt war, auf dem richtigen Posten zu stehen. Er war der Gerechtigkeit der Sache sicher und ging an sein Werk wie ein junger Schnitter an das Mähen einer Wiese. Ruhig, beinahe heiter ging er an diesem Tage fort wie auch sonst, wenn er sich an seine Tätigkeit machte.

Einige Tage vor diesem Sonntag ging ich mit Zelasoff zu Nischajeff. Man mußte seinen Fluchtplan ändern, was denn vor dem Attentat wollten wir nichts unternehmen, was die Wachsamkeit der Polizei erhöhen mußte. Nischajeff selbst sollte entscheiden. Es handelte sich um sein Leben.

(Fortsetzung folgt.)

